Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Ortenauer Bote. 1896-1896
1878

16 (19.1.1878) Beilage zum Ortenauer Boten

Visual Library

Politisches.

Karlsruhe, 11. Jan. (B.L.) 22. öffentl. Sitzung der 2. Kammer. Berathung der Titel 1—5 des Haushalts des großh. Handelsministeriums.

Titel 4. Für Beförderung der Landwirthschaft. Ordentlicher Haushalt. Gefordert werden jährlich 194,686 M. Kommissionsantrag: Genehmigung.

Bei Ziffer 21, Förderung der künstlichen Fischzucht, sind 4000 M. (1500 M. mehr als früher) verlangt. Die Kommission beantragt Genehmigung unter der Voraussetzung, daß die vorgeschriebene Schonzeit streng aufrecht gehalten werde.

Hier bringt der Abg. Hansjakob die unziemliche Art zur Sprache, mit der am Bodensee von den Fischern die Fischbrut zerstört werde. Er bittet um Abhilfe.

Staatsminister Turban erklärt, es werde demnächst eine Vereinbarung über das Fischereiwesen zwischen den Bodensee-Uferstaaten verhandelt. Wenn diese Vereinbarung zu Stande gekommen sei, werde es erst möglich sein, die in fraglichem Betreff vorhandenen Mißstände abzustellen.

Der Abg. Frech bringt ähnliche Uebelstände bei der Neckarfischerei zur Sprache. Die Regierung möge mit Hessen und Württemberg verhandeln oder auf ein Reichsfischereigesetz hinwirken.

Bei Ziffer 26, Förderung der Pferdezucht (70,000 Mk. jährlich), verwendet sich

der Abg. Roder nachdrücklich für die Pferdezuchtvereine der Seegegend. Der Redner sagt: Vor Allem ist zu konstatiren und ich ersehe dies gerne aus dem Bericht der Kommission selbst, daß die großh. Aufsichtsbehörde sich über die gegenwärtige Einrichtung des bad. Gestütswesens und über dessen Erfolge günstig ausspricht. Dabei habe ich für meinen Theil zu bedauern, daß die großh. Regierung von den Ständen heute für Unterstützung der Pferdezucht nicht diejenige Summe wieder beansprucht, welche sie nach Aufhebung des Landesgestüts, und zwar im Betrage von 45,000 fl. = 77,000 M., angefordert. Unsere Vereine haben seit ihrem Bestehen bewiesen, daß sie die Pferdezucht ganz anders fördern, als dies unter dem früheren Verfahren der Fall war, und ich bedauere, daß es dem Herrn Berichterstatter nicht möglich gemacht wurde, den Erfolg des jetzigen Betriebs gegenüber dem früheren in seinem Berichte niederzulegen, d. h. darzuthun, wie viel sonst und wie viel jetzt im Lande Fohlen fallen. Daß unsere Einrichtung auch auswärts Gefallen gefunden, beweist der Umstand, daß im benachbarten Hohenzollern die ganz gleiche Manipulation, von Seiten der preußischen Regierung reichlich unterstützt, ins Leben gerufen wurde. Die nöthige Summe, welche zur Unterstützung der erwähnten Vereine nöthig wäre, ist nicht von Belang, es handelt sich dabei um höchstens 2000 M., und wenn die großh. Regierung und die Kammer mit ihr zugeben müssen, daß die Erfolge auf dem Gebiete der Pferdezucht im Lande ganz ansehnlicher als früher sind, und wenn sie zugeben, daß das Land an der Pferdezucht, insbesondere an der richtigen Züchtung, für alle Fälle ein Interesse hat, so werden Sie sich meiner Bitte an großh. Regierung um bessere Unterstützung der Vereine wohl anschließen dürfen. Angesichts der heutigen etwas mißlichen Finanzverhältnisse enthalte ich mich, irgend einen Antrag zu stellen, es kann ja ohne einen solchen die großh. Regierung den Vereinen z. B. diejenige Summe zukommen lassen, welche bisher dem Rennverein Mannheim zuerkannt war. Bezüglich des Kürungsgesetzes ist Redner der Ansicht, daß ein solches unbedingt nothwendig sei.

Der Berichterstatter erklärt sich gegen den Wunsch Roders, läßt durchblicken, daß er eine Begabung des Mannheimer Rennvereins nicht wünsche, und erklärt seine Uebereinstimmung mit dem jetzigen System der Prämiirung.

Damit wird der Gegenstand verlassen.

Titel 5. Zentralkasse für Gewerbe, Landwirthschaft und Statistik. Forderung 6000 Mk. jährlich. Genehmigt.

Einnahme-Haushalt. Tit. 1. Gewerbe. Angesetzt sind jährlich 3080 M. Genehmigt.

Tit. 2. Für die Landwirthschaft. Angesetzt sind jährlich 3390 M. Genehmigt.

B. Außerordentlicher Haushalt. Tit. 2. Für Bearbeitung der Landesstatistik. Genehmigte Kreditreste. (Fortsetzung der geologischen Aufnahme des Landes 9120 M.; für Herstellung einer topographischen Karte des Landes 100,117 M.; für Aufstellung von Finanztabellen 12,500 M.)

Neue Anforderungen. Tit. 3. Für Beförderung der Gewerbe. Anforderung 12,107 M. Kommissionsantrag: 11,510 M. zu genehmigen. Da nun hier der bei Berathung des ordentlichen Haushalts zurückgezogene Antrag Strübe Betreffs Verwilligung von je 1800 M. für einen chemisch-technologisch- und einen kunstgewerblich-ausgebildeten Assistenten vom Hause angenommen und in Folge des heutigen Beschlusses über den Zeichnenlehrkursus ein Posten von 1200 M. für Herstellung und Einrichtung eines Zimmers ebenfalls genehmigt wird, erhöht sich die unter diesem Titel bewilligte Summe auf 16,310 M.

Nunmehr theilt der Präsident mit, daß von der ultramontanen Fraktion des Hauses 3 Initiativ-Anträge eingekommen seien. Dieselben beziehen sich auf 1) Einführung der unmittelbaren Wahl zum Landtag, 2) Abänderung der Wahlordnung (veranlaßt durch die Freiburger Wahlvorfälle, Lehrmittelunterstützung betr.) und 3) auf den Wahlmodus bei Kreis- und Bezirksvertretung.

Karlsruhe, 14. Jan. (B.L.) 23. öffentl. Sitzung der 2. Kammer unter dem Vorsitze des Präsidenten Lamey.

Vorlesung neu eingetroffener Eingaben. Hierunter befinden sich mehrere wegen Errichtung einer Baugewerkeschule in Karlsruhe, ferner eine Bitte aus dem Amte Adelsheim wegen Abänderung des Art. 9 des Fischereigesetzes. Urlaubsgesuche.

Eine Zuschrift des großh. Finanzministeriums benachrichtigt das Haus, daß die Regierung beantragt, als Steuerfuß bei der Gewerbesteuer für 1878 und 79 sechsundzwanzig Pfennig von 100 Mark Steuerkapital in Anrechnung zu bringen.

Die Tagesordnung führt auf Berathung des Berichts des Abg. Seybel über die Tit. VI., VII. u. VIII.

Zu Beginn der Verhandlung legt der Staatsminister die Grundsätze dar, nach welchen die Regierung verfährt bei Aufnahme der Straßen in den Landstraßenverband.

Der Berichterstatter Seybel weist auf die Stellen des Berichtes hin, welche auf diese Materie Bezug haben, und glaubt, daß diese mit den Anschauungen der Regierung im Einklang stehen.

Abg. Paravicini spricht über die neue Organisation, welche dem Landeskultur-, Feldbereinigungs- und Katastervermessungswesen neuerdings gegeben wurde erklärt sein Einverständniß mit dem Inhalt des Berichts, welcher die landesherrliche Verordnung vom 17. Juli 1877 als eine höchst zweckmäßige Maßregel bezeichne. Da die einschlägigen Geschäfte aber stets in erheblichem Grade Geldmittel beanspruchen, so lenkt der Redner die Aufmerksamkeit der Regierung auf die Errichtung von Landeskultur-Rentenkassen, worüber in Baiern, Preußen, Hessen 2c. bereits werthvolles Material vorliege. Eine betr. Gesetzgebung würde in diesem Hause gewiß wohlwollende Aufnahme finden.

Damit ist die allgemeine Berathung geschlossen. In der Einzelberathung werden gefordert und genehmigt jährlich: a) Straßenbau: für Unterhaltung der Landstraßen 1,955,942 Mk., Kosten der Aufsicht durch Straßenmeister 164,112 Mk., Wohnungsgeldzuschüsse 4728 M., Kosten für das Brückenpersonal 12,015 M., Wohnungsgeldzuschüsse 300 M., Staatsbeiträge zur Unterhaltung der Landstraßen nach § 5 und 7 des Straßengesetzes zusammen 2,148,597 M.

b) Wasserbau: I. Rheinbau: Gewöhnliche Unterhaltung und gewöhnliche Neubauten jährlich 560,000 M., Zuschuß zur Rheinkorrektion 140,000 M., Aufsichtskosten 31,160 M., Wohnungsgeldzuschüsse 780 M., Nachlässe an Gemeindebeiträgen 3000 M., Summe Rheinbau 734,940 Mark. 2) Binnenflußbau. Gewöhnliche Unterhaltung und gewöhnliche Neubauten 161,500 M., Zuschuß zum Neckarbau 17,000 M., zum Kinzigbau 17,000 M., zum Elzbau 6800 M., Aufsichtskosten 14,500 M., Wohnungsgeldzuschüsse 240 M., Nachlässe an Gemeindebeiträgen 2000 M., Summe Binnenflußbau 219,040 M., damit Summe Wasserbau 953,980 Mark.

Die Abgg. Schoch und Nopp verwenden sich dringend wegen Vermehrung des Aufsichtspersonals. Durch den Umstand, daß dieses bei den letzten großen Hochwassern nicht in genügender Zahl vorhanden gewesen, sei großer Schaden entstanden, der sonst hätte abgewendet werden können. Der Abg. Nopp hat auch noch Beschwerden gegen das Personal aus einem Spezialfall.

Regierungskommissär Geh. Rath Muth: Durch die Bezirksämter sei Entsprechendes vorgesehen. Es sei schon der Gedanke aufgetaucht, ob man nicht Wasserwehren errichten solle, wie Feuerwehren, mit Uebungen wie diese. Es genüge jedoch im Allgemeinen die Verpflichtung der Bevölkerung, in dringenden Fällen zur Hilfe herbeizueilen. Bei Katastrophen, die hoffentlich noch recht lange ausbleiben, werde gethan, was gethan werden könne. In Zukunft jedenfalls mehr als bisher. Der Spezialfall des Abg. Nopp sei genau untersucht worden und habe die Untersuchung herausgestellt, daß den Inspektionsvorstand keine Schuld treffe.

Gefordert und genehmigt werden ferner: Unterhaltung der Wasserstraßen, der Leinpfade und der Mannheimer Hafenanstalten 57,400 M., für Kulturverbesserung 22,000 M., für Feldbereinigung 12,000 Mark.

Hier spricht der Abg. Frech ebenfalls seine Befriedigung über die neue Organisation des betr. Dienstes aus und erklärt sich gleichfalls für Errichtung einer Kreditanstalt, um die Feldbereinigung und sonstige größere Kulturarbeiten zu befördern.

Der Staatsminister erwiedert, die Regierung beschäftige sich angelegentlich mit der Frage, die Sache sei sehr wichtig und werde s. Z. je nach Ausfall der betr. Studien Vorlage erfolgen.

Weiter werden genehmigt für die Katastervermessung 354,576 Mark.

Bei Abtheilung 4, Verwaltungsaufwand, fordert die Regierung für Besoldungen 83,700 M. Die Kommission beantragt aber, nur 80,800 M. zu genehmigen. Bei dem Hause zeigt sich keinerlei Neigung, einen andern Antrag zu stellen, und so wird der Satz nach dem Kommissionsantrag angenommen. Weiter streicht die Kammer 600 M. für Schreibaushilfe und werden im Ganzen für die Zentralverwaltung statt geforderter 212,734 M. nur genehmigt 208,874 Mk.

Bezirksverwaltung. Gefordert und genehmigt wurden 401,615 Mk.

Einnahmen, ordentlicher Haushalt: I. Wasser- und Straßenbau. Eingesetzt werden hier und verwilligt 1,141,139 M. jährlich.

II. Katastervermessung 83,785 Mk. Angenommen.

Hiernach sind in Tit. VI. genehmigt an Ausgaben jährlich 4,059,142 Mk., jährl. Einnahmen 1,224,924 M.

Außerordentliche Ausgaben.

Von Seiten der Abgg. Junghanns, Betzinger und Nopp sind Anträge eingelangt, welche auf einen Abstrich am Straßenbau um ungefähr die Hälfte abzielen. Die Finanzlage des Landes erheische dies und eine große Anzahl der betr. Bauten sei nicht unumgänglich nothwendig.

Staatsminister Turban erwidert, die Summe der Restbeträge von 1,936,558 M. sei gar nicht mehr vorhanden, wie z. B. der für den Bau einer neuen Neckarbrücke in Heidelberg mit 222,461 M. Davon sei kein Pfennig mehr vorhanden, und so sei es noch mit einer ganzen Reihe von Posten. Der Antrag sei ganz unhaltbar.

Hierauf zieht der Abg. Junghanns den Antrag zurück.

Der Abg. Friderich möchte die Herren Antragsteller doch ersuchen, derlei Anträge, bevor sie gestellt werden, sorgfältig zu prüfen. Das sei nur in's Land hinaus gesprochen: wir haben sparen wollen. Aber damit sei gar nichts gethan. Das Nothwendige müsse besorgt werden und die Regierung dürfe nicht von sich aus Arbeiten einstellen, deren Ausführung die Kammer beschlossen habe.

Geh. Rath Muth erklärt, der Bau der Straße von Heiligkreuzsteinach nach Weinheim sei durch die nöthig gewordenen Verhandlungen mit Hessen etwas verzögert worden. Diese seien jetzt jedoch zum Abschlusse gebracht worden und fragliche Straße werde gleichzeitig fertig mit der Neckarthalbahn. Die Anerkennung des Heidelberger Brückenbaues könne die Regierung nur mit Genugthuung erfüllen.

Die im Administrativwege verwilligten Kredite belaufen sich auf 1,729,560 Mark. Hievon sind noch 1,669,919 M. 75 Pf. in 5 Posten nicht verausgabt und beantragt die Kommission Genehmigung zur Aufrechthaltung auch dieser Restkredite für 1878. 79. Genehmigung.

Neuanforderungen. Die Ziffern 1)—26) werden genehmigt.

B. Wasserbau: Ziffer 27) Ergänzung und Verstärkung der Rheindämme 500,000 M. Hier sprechen die Abgg. Nopp für Pflege der Dammbauten bei Rußheim, Kiefer und Junghanns für Altenheim, Sartory für Altbreisach.

28) Leopoldskanal in den Rhein 200,000 M., 29) Flußprofil des Rheins bei Altbreisach 57,000 M., 30) Hochwasserbeschädigungen Anno 1876 und 1877, 31) Kinzigdämme 80,000 M. Hier spricht der Abg. Förderer für die in Betracht kommenden Gemeinden und der Abg. Hansjakob für das dabei nicht bedachte Haslach, 32) Korrektion der Schlücht zwischen Bruckhaus und Gurtweiler Steg 30,000 M., 33) Korrektion der Wiese von Hausen bis Stetten 12,000 M., 34) Korrektion der Murg im Orte Murg 23,000 M., 35) Korrektion der Kinzig bei Biberach 180,000 M. Der Abg. Förderer bittet, zu Gunsten der Gemeinde Biberach, die nach dem Gesetze möglichst zulässige Schonung walten zu lassen, was regierungsseitig zugesichert wird.

Summe B. Wasserbau: 1,360,230 M. Genehmigt. 36) Für den Bau von Straßenmagazinen 5000 M., 37) für Herstellung einer neuen topographischen Karte des Landes 140,000 M., 38) bauliche Herstellung im Oberdirektionsgebäude 2000 Mk.

Ziffer 1—38 werden genehmigt.

Zu Ziffer 1—38 stellen die Abgg. Junghanns, Betzinger und Gen. den Antrag auf Strich von etwa 1 Million und wird dieser Antrag von Herrn Junghanns begründet. Der Antrag aber erhält keinerlei Unterstützung, nicht einmal aus der Reihe der Gesinnungsgenossen, und bei der Abstimmung vermag derselbe nur ganz wenige Stimmen auf sich zu vereinigen.

Der Abg. Frech hat einen Wunsch zu äußern, den er, wie unser Haushalt einmal jetzt beschaffen ist, bei keiner andern Gelegenheit vorbringen kann. Es handelt sich um das Institut der Postomnibusse. Hier habe die Reichspostverwaltung die Gepflogenheit, Wünsche aus dem Publikum oder den Gemeinden nur dann zu erfüllen, wenn letztere sich zu angemessenen Beiträgen verstehen. Seien aber die Gemeinden nicht im Stande diese zu leisten, so bleibe einfach das Bedürfniß unberücksichtigt. Ob es denn nicht möglich wäre, in Fällen, wo ein Bedürfniß vorliege, einen Zuschuß aus Mitteln des badischen Staates zu leisten? Es wäre dies eine große Erleichterung für Landesgegenden, welche an der Wohlthat der Eisenbahnen nicht Theil nehmen.

Der Abg. Pflüger kann die Haltung der Reichspostverwaltung in beregter Beziehung nicht loben und ist überzeugt von den deßfalls vorhandenen Mißständen. Aber er glaubt, es wäre gefährlich für unsern Haushalt, wenn der Wunsch des Abg. Frech erfüllt würde.

Staatsminister Turban muß sich ganz entschieden gegen den Gedanken des Abg. Frech aussprechen. Wir haben keine badische Post mehr, wir haben vielmehr eine Reichspost. Diese habe nicht nur die Rechte der badischen Post, sondern auch deren Pflichten übernommen. Der kleinste Anfang im Sinne Frech's wäre das Darreichen eines kleinen Fingers, dem bald die ganze Hand nachfolgen würde. Der Abg. Pflüger habe übrigens zu streng über die Reichspost abgeurtheilt. Dieselbe sei bestrebt, begründeten Ansuchen entgegenzukommen, und habe auf Vermittelung des großh. Handelsministeriums schon in zahlreichen Fällen eingekommenen Gesuchen bereitwillig entsprochen. Früher habe die badische Post nur mit Baden zu rechnen

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

gehabt und Ausgleichungen für etwaige Mehrausgaben innerhalb des Landes suchen können. Jetzt handle es sich um das Reich und da müsse gesagt werden, daß Baden verhältnißmäßig noch gut bedacht sei.

Unter Absatz B., außerordentliche Einnahmen, werden eingestellt und genehmigt: Beiträge der Gemeinden und Kreisverbände zu Straßenbauten 226,595 M., zu Dammbauten 117,000 M. Erlös aus der topographischen Karte 17,000 Mk., zusammen 360,595 M.

Schließlich werden noch verlangt und genehmigt: im ordentlichen Haushalt, Tit. VII. Polizei. Ausgaben: Maß- und Gewichtspolizei 4900 M. Polizei über den Feingehalt der Goldwaaren 260 M., Wasserpolizei 8200 M., Wohnungsgeldzuschuß 60 M., Fischereipolizei 2500 M., zusammen 15,920 M. jährlich. Für Ausrüstung des Obereichamts 559 M. Verschiedene und zufällige Ausgaben. Porto 850 M. Sonstiges 8250 M. Zusammen 9100 Mk.

Aus Rheinhessen, 14. Jan. (Frkf. J.) **Der Bischofs-Sitz zu Mainz konnte bisher nicht besetzt werden, da die Regierung sämmtliche präsentirte Candidaten (worunter die Mitglieder des Dom-Kapitels) als nicht genehm bezeichnet hat, nachdem sich dieselben geweigert, eine Erklärung abzugeben, daß sie sich den Staats-Gesetzen unterwerfen würden. Die Bulle „Ad dominici gregis custodiam" hat nicht vorgesehen, welches Verfahren einzuleiten ist, wenn die Regierung sämmtliche Präsentirte verwirft, und deshalb wird, da die Regierung selbst kein Interesse an der Beschleunigung der Wahl hat, die Stelle des Bischofs wohl längere Zeit vakant bleiben.**

Vermischte Nachrichten.

△ Waltersweier, 14. Jan. Der landwirthschaftliche Verein Offenburg hielt gestern hier seine Bezirksversammlung und war dieselbe, namentlich auch von Offenburg aus, zahlreich besucht. Der Vorstand, Herr Oberamtmann Baader, berichtete zunächst über die Zahl der Vereinsmitglieder (260) und die Thätigkeit des Vereins im verflossenen Jahr. 11 Versammlungen wurden in den verschiedenen Gegenden des Bezirks gehalten und wird im neuen Jahr die Thätigkeit in gleicher Weise fortgesetzt. Die Zahl der Mitglieder ist im Verhältniß zu der Bedeutung der Landwirthschaft für den Bezirk und den Vortheilen, die den Mitgliedern geboten sind, eine sehr geringe. Die Mittheilung des Voranschlags gab Gelegenheit, die Benützung des Vereins namentlich zur Vermittlung beim Samenbezug zu empfehlen.

Es waren 2 Wahlen für den Gesammtausschuß und für die Kommission des Rinder- und Pferde-Marktes Offenburg vorzunehmen. Beide Male wurden die alten Mitglieder bestätigt, Magenau von Offenburg und Gaß von Bühl für den Gauausschuß, Schuck von Fessenbach und Metzger von Offenburg für den Pferde- und Rinder-Markt. Eine Debatte über Wünsche in Beziehung der Zeit der Verloosung und über die beste Zeit des Marktes wurde als für heuer gegenstandslos nicht weiter verfolgt.

An diese Vereinsgeschäfte knüpfte sich der Hauptgegenstand der heutigen Versammlung, die Besprechung über die Kultivirung der Wiesen. Herr Kulturingenieur Drach hielt den einleitenden Vortrag. Der kurze Inhalt der vortrefflichen und mit allgemeinem Beifall aufgenommenen Rede war: Der großartige Umschwung der Verhältnisse im Laufe des letzten halben Jahrhunderts hat auch auf die Landwirthschaft seine Wirkung nach verschiedenen Richtungen hin geäußert. Der Fortschritt ist ein mannigfacher. In Beziehung auf die Werthschätzung der Wiesen und auf richtige Behandlung derselben findet man aber wenig Besserung, während sie eine unentbehrliche Stütze jedes landwirthschaftlichen Betriebs sind und im Verhältniß zum Ackerland weit weniger Arbeitskräfte nöthig haben. Namentlich bedient man sich des Förderungsmittels des Wiesenertrags, welches Dung und Dungwagen zugleich ist, des Wassers, viel zu selten, ja die Mißachtung des Wassers für landwirthschaftliche Zwecke in früherer Zeit hat es dahin gebracht, daß nur, was andre übrig gelassen, heute noch der Landwirthschaft zu Gebot steht, während alte längst untergegangene Völker uns riesige Denkmäler ihrer Bemühungen auf diesem Gebiete hinterlassen haben.

Nach Berechnungen, die auf Untersuchungen beruhen, führt die Kinzig im Jahr 600,000 Ctr. feste Stoffe in Lösung dem Rhein und dem Meere zu, die zum großen Theil Nahrungsmittel für das anliegende Gelände liefern könnten. Wie wenig davon wird aber ausgenutzt? Unser neues Wassergesetz gibt Kunde, wie wichtig die Regierung diese Frage nimmt. Es ist in ihm zwar die Möglichkeit gegeben, einzelne Gegner einer Kulturanlage, deren Widerstand oft auf ganz persönlichen Gründen ruht, zum Beitritt zu zwingen. Ein viel empfehlenswertherer Weg ist aber, daß allgemeines Verständniß für die Sache auch allgemeine Zustimmung zu einem zur Ausführung beantragten Unternehmen herbeiführt. Nicht leicht lassen sich so, wie bei den linkseitigen Wiesen der Gemarkungen Waltersweier und Weier, die Vortheile einer regelrechten Bewässerung erreichen.

Die lebhafte Diskussion konnte dem Redner zeigen, wie sehr seine Worte gezündet. Herr Schuck empfahl den Anschluß an die Elgersweierer-Offenburger Genossenschaft. Herr Basler stellte sich auf den Standpunkt der Gegner und zählte die Gründe der Abneigung auf. Die Bewohner von Waltersweier bedürfen nothwendig die oberhalb gelegenen Pachtäcker und fürchten, sie im Falle einer Wässerung zu verlieren; ferner seien es Befürchtungen vor Auslagen und vor der Verwendung des Abwassers der oberhalb gelegenen Wässerung, wodurch der Nutzen den Kosten nicht entspreche. Bürgermeister Buchholz bestätigte den 1. Punkt, indem die zwischen dem Ort und der Kinzigbrücke liegenden Aecker für die in Offenburg arbeitende Bevölkerung zur Bearbeitung günstig gelegen sei. Außerdem seien meist Ausmärker Besitzer der Wiesen. Die Bewohner von Waltersweier hätten also kein großes Interesse an der Wässerung. Bürgermeister Vetter von Weier schloß daraus, daß seiner Zeit eine Einigung zwischen dem Gemeinderath Offenburg und den Wiesenbesitzern von Bühl und Griesheim nicht zu Stande kam, es möchte bei den Verhandlungen über diese Kultur ähnlich gehen. Dagegen führten die Herrn Drach und Gottwald an, daß dort die Verhältnisse ganz anders gelegen seien. Die neue Fläche sei dort viel größer gewesen als auf der linken Seite und die bisherigen Wässerungseinrichtungen viel kleiner. Die Kosten für die Erweiterung sämmtlicher Anlagen, welche natürlich den neuen Genossenschaftern zur Last gefallen wären, hätten diese selbst zurückgeschreckt. Auf der linken Seite haben die Einlaßschleußen und der Hauptgraben größere Dimensionen und sei die zu bewässernde Fläche viel kleiner. — Aus der Mitte der Versammlung kamen auch Urtheile, daß die Wiesen in ihrem bisherigen Zustande, namentlich wenn sie gedüngt werden, ein weit besseres Futter geben als manche der oben gelegenen Wässerwiesen; dagegen wurde zugegeben, daß bei der Kultivirung in früheren Zeiten Fehler gemacht wurden, indem man die Erhöhungen nur ebnete, ohne guten Boden auf den Kies zu bringen. Diese Fehler vermeide man jetzt und sei ähnliches bei der besseren Beschaffenheit des Bodens auf Gemarkung Waltersweier und Weier nicht zu befürchten. Gemeinderath Michael Armbruster wies darauf hin, daß die Aecker, an welche man sich so anklammere, alle paar Jahre überschwemmt werden und daß dadurch die Pacht doch theuer werde. Zudem werden die Eigenthümer, wenn sie sehen, daß sie auf andere Weise mehr Ertrag von ihrem Boden bekommen, von den Pächtern sich nicht an einer Kulturveränderung hindern lassen. Es sei also in allgemeinem Interesse, daß die Gemeinden mit sämmtlichen Eigenthümern der Wiesen die Verbesserung der theilweise im kläglichen Zustande befindlichen Strecken in die Hand nehmen. Aecker seien in wenig größerer Entfernung hinreichend zu pachten. — Eine durchschlagende Wirkung erzielte die Berechnung, welche ein Bürger von Bohlsbach über seine in den Jahren 1869/70 dort ausgeführten Anlagen ausführlich darlegte. Mit einer Auslage von 4—5000 fl. wurde eine Verbesserung des Geländs erreicht, so daß der Ertrag einer Hälfte des Bürgerstücks so groß sei als zuvor das ganze. Die Kosten seien im nächsten Jahre abbezahlt, dadurch daß jeder Bürger den kleineren Theil von 81 Ruthen zur Abzahlung der Schuld zur Versteigerung des Futterertrags abgetreten habe. In diesem Jahre habe ein solcher Uebererlös über die Jahresrate stattgefunden, daß jeder Bürger 9 M. 60 Pfg. zurückbekommen habe. Vom nächsten Jahre an erhält jeder Bürger wieder seinen ganzen Antheil von 200 Ruthen in Benützung. Herr Kulturingenieur Drach schloß mit der Ermahnung an die Betheiligten, die seit den sechsziger Jahren gemachten Vorarbeiten einmal zu prüfen und den Antrag auf Kultivirung zu stellen. Der die Versammlung schließende Vorstand machte den gleichen Vorschlag, es möchte doch die heutige Versammlung zu einem Antrag führen, nachdem kein ernstlicher gewichtiger Grund dagegen vorgebracht worden sei, welcher nicht in der Versammlung selbst hätte widerlegt werden können.

— Erweiterung des badischen Staats-Eisenbahn-Netzes. Die badische Regierung beansprucht von den Ständen für den Eisenbahnbau Haushalt der nächsten zwei Jahre unter Berücksichtigung des Spar-Systems nur die Summe von 38 Mill. Mark und repartirt dieselbe: für neue Bahnen mit 12 Mill. an die Neckarthalbahn, als letzte Anforderung der Strecke Neckargemünd-Eberbach-Jagstfeld; mit 1 Mill. für die Rheinüberbrückung der Linie Müllheim-Mülhausen; mit $1^1/_2$ Mill. für die an Württemberg anschließende Linie Hausach-Schiltach, da Württemberg in letzter Zeit für den baldigen Bau der entgegenkommenden Strecke Freudenstadt-Schiltach Zusicherungen gemacht hat. Der übrige Theil der Anforderung wird meist zum Ankauf fertiger Privatbahnen bestimmt, und zwar: für die Bahn Freiburg-Altbreisach $3^1/_2$ Mill; für die während der Finanz Periode zum Betrieb kommende Kraichgau Bahn Durlach-Eppingen 12 Mill., welche vertragsmäßig von der Conzessionärin — Stadt Karlsruhe — nach dem erstellten Bau in das Eigenthum des Staates überzugehen hat; und endlich für die nach Württemberg gehörende, aber auf badischem Territorium gelegene Strecke Bruchsal-Bretten der Bahn Bietigheim-Bruchsal vier Millionen Mark.

— Mühlenbach, 9. Jan. (L. A.) Gestern Abend um 5 Uhr wurden wir durch Feuerlärm erschreckt. Es war in einem Hause nahe beim Dorfe Feuer ausgebrochen. Schleunigst eilten Viele zu Hilfe und erwehrten sich des Feuers. Der entstandene Schaden ist unbedeutend.

— Mosbach, 11. Jan. Auch das Zuchthaus in Bruchsal ist besetzt. Vor einigen Tagen mußte ein Inhaftirter aus hiesiger Stadt „wegen Mangel an Raum" einstweilen entlassen werden.

— Durlach, 14. Jan. In kurzer Zeit hat es hier mehrmals gebrannt; so ertönte abermals gestern früh nach 1 Uhr die Sturmglock- und die Rufzeichen der Feuerwehr. Wohnhaus und Scheuer des Fuhrmanns Meier in der Lammstraße wurden ein Opfer der Flammen und vollständig zerstört.

— Mannheim, 12. Jan. Tabak. Das Mannh. Journ. schreibt: Daß für Mannheim die Tabaksteuer-Frage von eminent hoher Bedeutung ist, wird Jeder begreifen, welcher den Umfang des hiesigen Handels in Pfälzer Tabaken kennt, die höhere Besteuerung des Tabaks würde den Handel sehr beeinträchtigen; wenn aber gar, was noch weiter befürchtet werden muß, die Einführung des Tabak-Monopols beschlossen werden sollte, dann wäre das Tabak-Geschäft Mannheims geradezu der Vernichtung preisgegeben.

— Adelsheim, 13. Jan. Auch unsere Jagden sollten nicht ohne Unglück vorübergehen. So wurde bei dem gestrigen Treibjagen in Sennfeld Bezirksthierarzt Kupfer durch einen Schützen so schwer verletzt, daß man anfangs an seinem Aufkommen Zweifel hegte. Soviel läßt sich jedoch voraussehen, daß der Verletzte eines Auges verlustig wird.

— Kaiserslautern, 10. Jan. In der verflossenen Nacht starb hier an den Folgen eines vor einigen Tagen gehabten Schlaganfalles der in weiteren Kreisen bekannte Glockengießer Georg Hamm im Alter von 61 Jahren.

— Stuttgart, 14. Jan. (M.A.) Hier lief die Meldung ein, daß zu Oporto in der Neujahrsnacht ein Deutscher unerwartet schnell an einem Herzschlage gestorben sei. Die Untersuchung hat ergeben, daß der Verstorbene der flüchtige Kannstatter Bankdirektor Paul Krauß war.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg